

Universitätsstadt Tübingen

- - - -

Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates Verhandelt am 27.07.2015

Öffentlich!

Anwesend: Der Vorsitzende und 36 Mitglieder, Normalzahl: 40 Mitglieder

§ 138.

Südliches Stadtzentrum/Europaplatz: Planungsalternativen für den Zentralen Omnibusbahnhof

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt ein umfangreiches Vorlagenpaket vor (Vorlagen 158/2015 bis 158e/2015). Alle Vorlagen sind im Vorlagenband enthalten.

Zusammenfassung und Ziel aus Vorlage 158/2015 lauten:

„Zusammenfassung:

Der Neubau eines Busbahnhofs ist das wichtigste Element des städtischen Konzepts Mobilität 2030 zur Verbesserung des Busverkehrs und zur Verbindung von Bus und Bahn in Tübingen. Zugleich ist die städtebauliche Integration des Bahnhofsgebäudes und des Anlagenparks in das südliche Stadtzentrum die bedeutendste derzeit erkennbare Maßnahme zur Steigerung der Attraktivität der Tübinger Innenstadt. Mit dem Baufeld Europaplatz erhält schließlich der Handelsstandort Innenstadt eine der wichtigsten noch möglichen Angebotsergänzungen. Nach einem längeren Planungsprozess liegen nun zwei Entwurfalternativen vor, ein ZOB mit Bussteiginseln und ein ZOB mit Außenbussteigen, die mit der Öffentlichkeit in den eigens dafür eingerichteten Runden Tischen diskutiert wurden, sowie zwei weitere ergänzende Alternativen, die auf einer Anregung aus dem Gemeinderat basieren.

Alle Alternativen sollen nun diskutiert werden, um zeitnah durch einen Beschluss festzulegen, welche Alternative Grundlage für die Entwicklung des Europaplatzes sein soll.

Ziel:

Die Entwicklung und Attraktivitätssteigerung der Innenstadt Tübingens und des südlichen Stadtzentrums soll mit der Neuordnung des Europaplatzes weitergeführt und die Umsteigevorgänge zwischen Bahn und Bus attraktiver und funktionaler gestaltet werden.“

- - - -

Der Beschlussantrag aus Vorlage 158a/2015 lautet:

„Beschlussantrag:

1. Das Ergebnis des städtebaulichen Realisierungswettbewerbs über die Anlage des Zentralen Omnibusbahnhof in Ost-West-Richtung parallel zum Hauptbahnhof wird bestätigt.
2. Der weiteren Planung wird die Planungsalternative 2 zu Grunde gelegt, da sie verkehrlich leistungsfähig ist, einen schnellen Umstieg Bahn – Bus ermöglicht und städtebauliche Vorteile hat.
3. Für die Entwicklung werden folgende Ziele definiert und dem weiteren Planungsprozess mit Bürgerschaft, Gemeinderat und Fachberatern zugrundegelegt:
 - a. Bei einer Entscheidung für die Alternative 2 sollen ein oder zwei Regionalbussteige im Kernbereich des ZOB untergebracht werden, um die starken Regionalbuslinien Richtung Flughafen / Härten in möglichst kurzer Wegedistanz vom HBF unterzubringen.
 - b. Die hierdurch freiwerdenden Bussteige westlich des HBF sollen vorrangig für den Fernbus freigehalten werden.
 - c. Gemeinsam mit dem BVV soll ein Konzept geeigneter Haltestellen für Touristikbusse entstehen, die nicht unmittelbar in den Busbahnhof integriert sind. Hierfür sollen die Standorte Wöhrdstraße, Hegelstraße und Europastraße bevorzugt reserviert werden. Im Bereich Hegelstraße soll die Kombination mit weiteren Fernbushaltestellen vorgesehen werden.
 - d. Im Rahmen der weiteren Planung sollen Alternativen zu Überdachungsmöglichkeiten am ZOB und vor dem Bahnhofsgebäude dargestellt werden.
 - e. Auf die möglichen Flächen nördlich und südlich des Hauptbahnhofs sollen ca. 1.000 bis 1.200 Fahrradstellplätze sinnvoll verteilt werden. Dabei soll auch geprüft werden, wie eine Fahrradtiefgarage unter dem Bahnhofsvorplatz realisiert werden könnte und welche oberirdischen Möglichkeiten für Dauerabstellplätze mit welchem Aufwand realisiert werden können. Die Verwaltung wird auch beauftragt, mit der Deutschen Bahn Gespräche aufzunehmen, um Möglichkeiten für zusätzliche Fahrradabstellmöglichkeiten auf Bahngelände aufzuzeigen.
 - f. Um die geplante Tiefgarage unter dem Baufeld möglicherweise auch von Westen anfahren zu können, soll eine unterirdische Zufahrt zur Tiefgarage (ca. 100 – 150 m lang) nördlich des Busbahnhofs planerisch geprüft und überschlägig berechnet werden. Vor einer abschließenden Bauentscheidung für den Busbahnhof wird dieses dem Gemeinderat als zusätzliche Option für die Erschließung vorgelegt.
4. Die Durchfahrt vor dem Hauptbahnhof wird für den motorisierten Individualverkehr unterbrochen. Für Taxis, Busse und Fahrräder bleibt die Durchfahrt geöffnet.
5. Auf eine PKW-Tiefgarage unter dem ZOB wird verzichtet. Stattdessen soll bei der Vermarktung des Baufelds sichergestellt werden, dass außer den ca. 100 notwendigen Stellplätzen ca. 100 bis 150 zusätzliche Parkplätze in einer Tiefgarage zu realisieren sind.

Ziel:

Mit der Neuordnung des Europaplatzes sollen funktionale Verbesserungen sowie gestalterische Aufwertungen des öffentlichen Raumes und der Verkehrsanlagen erreicht werden. Es soll ein neues Stadtquartier entstehen, das das südliche Stadtzentrum räumlich und in seinen Nutzungen ergänzt und somit zur Steigerung der Attraktivität der Tübinger Innenstadt beiträgt.“

- - - -

Die Vorlage 158b/2015 enthält einen Antrag der AL/Grüne-Fraktion:

„Die Stadtverwaltung prüft, ob und mit welchem Aufwand an der Stelle des Gebäudes westlich des Bahnhofgebäudes („Kupferbau“) ein Fahrradparkhaus errichtet werden könnte.“

- - - -

Der CDU-Antrag aus Vorlage 158c/2015 lautet:

„1. Die Beschlussfassung zu den Vorlagen 158/15 und 158a/15 wird vertagt.

2. Die Verwaltung setzt die Planung fort, so dass die modifizierte Planung nach der Sommerpause vorliegt.

3. Die Verwaltung wird angewiesen, bei der weitergehenden Planung folgende Punkte zu berücksichtigen:

- Erhaltung der Durchgängigkeit über die Europastraße (ggf. über einen westlichen Zugang zur Tiefgarage).
- Gewährleistung der unproblematischen Erreichbarkeit des südlichen Stadtzentrums – v.a. der fachärztlichen Versorgung und des Handels.
- Eine ausreichend dimensionierte Tiefgarage, die von Westen her anzufahren ist.“

- - - -

Die Vorlage 158d/2015 hat folgenden Wortlaut:

„Die Verwaltung teilt mit:

Bei den Vorberatungen im Planungsausschuss, im Lenkungskreis Südliche Innenstadt und im Vorfeld der Ortschaftsratsitzungen Weilheim, Bühl, Kilchberg, Hirschau und Unterjesingen spielte die Erschließung der südlichen Innenstadt von Westen eine große Rolle. Die Verwaltung hat daher noch einmal überprüft, ob es zwischen den beiden Grundsatzpositionen „Offenhalten der MIV-Durchfahrt / Erstellung einer großen Tiefgarage unter dem neuen ZOB“ und „Keine Durchfahrt für den MIV / keine Tiefgarage unter dem ZOB“ eine Zwischenlösung gibt.

Im Beschlussantrag 3 f) der Vorlage 158a/2015 wird bereits eine Zufahrt zu der TG unter dem Baufeld zur Prüfung vorgeschlagen. Alternativ hierzu wäre es auch denkbar, im westlichen Teil des neuen ZOB eine Tiefgarage mit ca. 80 Plätzen und einer Erschließung von Westen herzustellen. Diese Tiefgarage

hätte den Vorteil, dass sie bauplanerisch nicht in das gesamte Vorfeld des ZOB eingreift, sondern nur den logistisch weniger komplexen Westteil beansprucht. So würden sich im Vergleich zu einer großen Tiefgarage unter dem gesamten ZOB nicht nur Bauzeit und Kosten erheblich reduzieren, sondern auch die Haupteingänge des Bahnhofs freibleiben. Mit ca. 80 Stellplätzen wäre diese TG ausreichend dimensioniert, um Kurzzeitparkplätze für den Bahnhof und Besucher des südlichen Stadtzentrums, die von Westen anfahren, unterzubringen.

Die Verwaltung schlägt vor, diese Tiefgarage planerisch und wirtschaftlich zu überprüfen, mit der Alternative einer westlichen Zufahrt zur TG Baufeld zu vergleichen und dem Gemeinderat dann zur Entscheidung vorzulegen. Grundsätzlich ist die Verwaltung der Ansicht, dass mit dieser Lösung ein guter Kompromiss zwischen den verschiedenen Positionen erzielt werden könnte, der auch der Erschließung des südlichen Stadtzentrums zugutekommt. Im Vordergrund stehen bei der Entscheidung vor allem wirtschaftliche und konstruktive Fragen (Grundwasser, Gründungssituation, Altlasten usw.). Daher schlägt die Verwaltung vor, diese Tiefgarage detailliert zu planen und zu berechnen. Auf dieser Grundlage kann der Gemeinderat dann entscheiden, ob sie in die Gesamtplanung integriert werden soll.

Die zum Teil ebenfalls geforderte MIV-Durchfahrt durch den ZOB hält die Verwaltung auch weiterhin nicht für sinnvoll und möglich. Bei einer unterirdischen Durchfahrt würde die Tiefgarage massiv verlängert, was zu den bereits beschriebenen bauplanerischen und wirtschaftlichen Nachteilen führt. Zudem würde der östliche Bereich des ZOB durch eine weitere Rampe erheblich belastet. Gegen eine oberirdische Durchfahrt spricht aus Sicht der Verwaltung eindeutig die erhebliche Erschwernis für Busbetrieb und Fußgänger.

Die Beschlussanträge 3 f) und 5) der Vorlage 158a/2015 werden daher in folgender Weise modifiziert:

- 3 f) Um die Erschließung des südlichen Stadtzentrums von Westen sicherzustellen, werden im westlichen Bereich des Busbahnhofs
- eine Tiefgarage von ca. 80 Stellplätzen
 - sowie eine nördlich des Busbahnhofs gelegene unterirdische Zufahrt zur Tiefgarage unter dem Baufeld (ca. 100 – 150 m lang)
- planerisch geprüft und detailliert berechnet. Vor einer abschließenden Bauentscheidung für den Busbahnhof wird diese Tiefgarage dem Gemeinderat als zusätzliche Option für die Erschließung vorgelegt.
- 5) Auf eine komplette Unterkellerung des ZOB mit einer großen Tiefgarage (300 – 400 Stellplätze) wird verzichtet. Stattdessen soll bei der Vermarktung des Baufelds sichergestellt werden, dass außer den ca. 100 baurechtlich notwendigen Stellplätzen ca. 100 – 150 zusätzliche Parkplätze in einer Tiefgarage zu realisieren sind. Sollte unter dem ZOB eine Tiefgarage mit ca. 80 Plätzen gemäß 3f) erstellt werden, wird überprüft, ob sich die Anzahl zusätzlicher Stellplätze entsprechend reduziert.“

- - - -

Die Vorlage 158e/2015 enthält einen Antrag von StR Vogt:

1. „Um über die Neugestaltung des Europaplatzes zu entscheiden, wird ein Bürgerentscheid durchgeführt.“
2. Als Alternativplan zu den jetzigen Plänen wird der Stolte-Huhn-Plan fachplanerisch ausgearbeitet und den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Tübingen in diesem Bürgerentscheid als weitere Alternativkonzeption vorgelegt.“

- - - -

OBM Palmer sagt einleitend, es gebe keinen Empfehlungsbeschluss, der Planungsausschuss habe den Tagesordnungspunkt in die Fraktionen verwiesen.

BM Soehlke führt mithilfe einer PowerPoint-Präsentation umfassend in das Thema ein.

In der sich anschließenden kurzen Fragerunde weist StRin Rosenkranz darauf hin, dass es eine Studie des Geographischen Instituts der Universität zu den Abstellmöglichkeiten für Fahrräder am Tübinger Bahnhof gebe.

OBM Palmer sichert auf ihre Nachfrage zu, diese in die Überlegungen mit einzubeziehen.

Nun geben die Fraktionen Stellungnahmen ab.

StR Joachim erläutert für die AL/Grüne-Fraktion, bei der Umgestaltung des Europaplatzes sei es unumgänglich, die Durchfahrt vor dem Hauptbahnhof für den Motorisierten Individualverkehr zu schließen. Man vergesse dabei aber nicht den Parkraum, der für Gäste von außerhalb erforderlich sei. Auch die Vorfahrt vor die Arztpraxen bleibe weiterhin möglich.

Über die vorgeschlagenen Varianten für den Busbahnhof sei ausführlich diskutiert worden, nicht nur im Gemeinderat, sondern auch in Runden Tischen mit der Bevölkerung. Die Variante 2 sei in wesentlichen Punkten nachgebessert worden. Zwei wichtige Regionalbuslinien seien vom Rand in die Mitte des Busbahnhofs verlegt worden. Für das Thema Fahrradparken seien vernünftige Lösungen aufgezeigt worden. StR Joachim betont, dass an der Ecke zwischen Allee und Park eine oberirdische, sichtbare Fahrradparkierungsanlage erstellt werden müsse. Für Fußgänger habe die Variante 2 leichte Vorteile. Fernbusse seien in der Hegelstraße richtig, die barrierefrei erreicht werden könnten.

Die verkehrliche Funktionalität des neuen Europaplatzes sei nach Ansicht der AL/Grüne-Fraktion mit dem nachgebesserten Entwurf V 2 gewährleistet. Er sei durch seine städtebauliche Qualität geeignet, die Sünden der Vergangenheit zu heilen und der Stadt einen sowohl würdigen als auch funktionalen Eingang zu schaffen. Die AL/Grüne-Fraktion werde sich zumindest mit großer Mehrheit für die Variante 2 aussprechen.

StRin Ebinger berichtet für die CDU-Fraktion, es stehe außer Frage, dass der Europaplatz umgestaltet werden müsse. Probleme habe man aber wegen der Stadtteile aus dem Neckartal, die „abgeschnitten“ würden. Außerdem sei man der Ansicht, dass das Thema Parken nicht ausreichend geprüft sei. Des Weiteren befürchte man, dass die Blaue Brücke zum verkehrlichen Nadelöhr werde.

Deshalb sei es für die CDU-Fraktion schwierig, in dieser Sache eine Entscheidung zu treffen.

StR Hurlbaeus erläutert, dass die CDU-Fraktion die Variante 1 für sinnvoller halte. Sie sei für umsteigende Fahrgäste besser, da sie nicht so lange Wege hätten. Touristik- und Fernbusse könnten bei der Variante 1 auch auf der Nordseite des Bahnhofs untergebracht werden.

OBM Palmer fragt die CDU-Fraktion, ob der Vertagungsantrag aus Vorlage 158c/2015 aufrechterhalten werde.

StRin Ebinger betätigt dies.

StR Dr. Sökler lobt den langen vorbildlichen Beteiligungsprozess bei dieser Planung. Die Sache sei heute entscheidungsreif. Der Vertagungsantrag der CDU-Fraktion werde abgelehnt.

StR Dr. Sökler dankt der Verwaltung insbesondere auch dafür, wie sie in den letzten Wochen mit den Anregungen aus dem Planungsausschuss und von den Ortschaftsräten aus dem Neckartal umgegangen sei bezüglich der Themen Fahrradabstellmöglichkeiten und Anbindung von Westen her.

Er betont, die Zahl der Parkplätze im südlichen Stadtzentrum werde bei jeder Variante erhöht und das sei auch richtig so. Wichtig sei, dass es von Westen her Kurzzeitparkplätze am Bahnhof gebe, um Menschen vom Zug abholen oder zum Zug bringen zu können. StR Dr. Sökler legt dar, eine Durchfahrtsmöglichkeit sei in der Abwägung der Vor- und Nachteile nicht sinnvoll.

Bei den Fernbussen sei die SPD-Fraktion der Meinung, dass es besser sei, einen Ort für sie vorzusehen und nicht zu splitten zwischen Nord- und Südseite. Die Südseite eigne sich für die Fernbusse gut. Insgesamt zu den Varianten sagt StR Dr. Sökler, die SPD-Fraktion sei inzwischen einhellig der Meinung, dass die Variante 2 die bessere sei, vor allem in städtebaulicher Hinsicht.

StR Gumrich berichtet, auch die Tübinger Liste wolle, dass heute mit möglichst großen Mehrheiten eine Entscheidung getroffen werde. Für eine Vertagung sehe man keinen Grund.

Bezüglich der Varianten 1 und 2 seien die Meinungen in seiner Fraktion auseinander gegangen, es sei Geschmackssache. Deshalb sei man froh gewesen über den Vorschlag, den Gestaltungsbeirat einzu beziehen. Dessen Votum sei nun so eindeutig für die Variante 2, dass die Tübinger Liste jetzt geschlossen für die Variante 2 stimmen werde.

Zu der Diskussion über die Fahrradabstellmöglichkeiten in den letzten Wochen sagt StR Gumrich, man sei froh, dass die unterirdischen Parkmöglichkeiten inzwischen faktisch ausgeschlossen worden seien. Das, was an oberirdischen Möglichkeiten aufgezeigt worden sei, reiche seiner Fraktion aus.

Zur Durchfahrtsmöglichkeit für den MIV führt StR Gumrich aus, die Einwände gegen die Unterbrechung der Durchfahrbarkeit seien zu spät gekommen. Es sei jetzt nicht mehr machbar, bei den vorliegenden Varianten eine solche Möglichkeit vorzusehen. Aber man sollte entsprechend dem Beschlussantrag wirklich seriös die Tiefgarage mit ca. 80 Plätzen, die von Westen her anfahrbar sei, in die Planung einbeziehen.

Bei den Fernbussen sei der Tübinger Liste wichtig, die Option aufrecht zu erhalten, sie auf der Nordseite des Bahnhofs unterzubringen. StR Gumrich bittet die anderen Fraktionen um Unterstützung dafür.

StRin Strasdeit ist der Ansicht, dass der Hegelstraße, an der viele Menschen wohnten, sehr viel zugemutet werde. Sie fände besser, wenn es am Bahnhof eine Durchfahrtsmöglichkeit für den MIV geben könnte, um Menschen besser zum Bahnhof bringen oder vom Bahnhof abholen zu können. Auch die Einwände der Ortsteile aus dem Neckartal seien nachvollziehbar.

Einig sei sich ihre Fraktion, dass man keine Fahrradabstellplätze in einer Tiefgarage wolle. Noch nicht einig sei sich die Linke-Fraktion bei der Frage der Varianten und wie man nachher abstimmen werde.

StR Lorch plädiert für die Variante 1. Sie sei besser für die Tübinger selbst, die den Bus benutzten. Die einzelnen Buslinien seien leichter aufzufinden und schneller zu erreichen. StR Lorch wirbt auch dafür, Möglichkeiten zu finden, einige Touristikbusse zum Ein- und Aussteigen am Bahnhof abstellen zu können. Der Bahnhof sei als Orientierungspunkt für Touristen leichter auffindbar.

StR Schöning betont hinsichtlich der Frage der Durchfahrbarkeit für den MIV, die Erreichbarkeit von Westen und Osten sei gewährleistet. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass wegen des Bahnübergangs der Ammertalbahn die Durchfahrbarkeit heute und künftig verstärkt auch nicht immer gegeben sei. Deshalb sollte man sich damit anfreunden, dass diese Verbindung künftig über die Hegelstraße laufen müsse.

Erhebliche Fortschritte habe man bei der Ausarbeitung von Abstellmöglichkeiten für Fahrräder gemacht. StR Schöning hat aber Zweifel, ob man die optimale Lösung schon gefunden habe. Die Situation werde sicherlich besser werden als heute, aber man werde sicherlich nach wie vor damit zu kämpfen haben, dass es auch ungeordnete Zustände vor dem Bahnhof geben werde.

Zur Situation der Fußgänger, auch als Nutzer des ÖPNV, sagt StR Schöning, für diese Nutzergruppe sei die Variante 1 mit der Mittelsinsel die bessere und sicherere. Dass die Variante 2 die städtebaulich bessere Lösung sei, könne er zwar in Teilen nachvollziehen, zwingend sei die Variante 2 aber nicht. Sehr gut gefallen habe ihm, südlich des Bahnhofs vor der Thiepval-Kaserne die Fernbusse zu konzentrieren.

Abschließend erklärt er, die FDP-Fraktion befürworte die Variante 1, aber das sei für seine Fraktion nicht das Entscheidungskriterium für die ganze Maßnahme. Man stimme selbstverständlich mit. Abzuziehen wolle er von einer Vertagung, denn man werde keine bessere Lösung für die Erreichbarkeit und Durchfahrbarkeit bekommen.

StR Steinhilber meint, die Variante 1 sei besser geeignet für die Fahrgäste und die Abwicklung des Busverkehrs. Er favorisiere trotzdem die Variante 2, da sie städtebaulich die bessere sei und mehr Aufenthaltsqualität biete. Es sei gut, die Südseite des Bahnhofs für Fernbusse und andere Nutzungen weiterzuentwickeln.

Zur Durchfahrbarkeit für den MIV sagt er, wenn diese Möglichkeit oberirdisch beibehalten würde, wäre dies eine so schlechte Lösung, dass man auch alles so lassen könnte wie bisher.

Des Weiteren hält StR Steinhilber unterirdische Abstellmöglichkeiten für Fahrräder in einer Tiefgarage nicht für sinnvoll.

StR Vogt unterstützt das Anliegen der Stadtteile im Neckartal zur Durchfahrbarkeit. Er plädiert des Weiteren für den Erhalt der Parkgaststätte und erläutert seinen Antrag 158e/2015, einen Bürgerentscheid durchzuführen. Dem Vertagungsantrag der CDU-Fraktion wird er zustimmen.

OV Latus aus Hirschau setzt sich für das Anliegen der vier Ortschaftsräte aus den Stadtteilen im Neckartal ein, die Durchfahrbarkeit für den MIV aufrechtzuerhalten, und berichtet über die gemeinsame Sitzung der vier Ortschaftsräte. Er spricht sich für die Vertagung des Tagesordnungspunktes aus.

OV Neth betont, es bleibe als zentrale Forderung der Stadtteile die Erreichbarkeit von Westen her über eine Tiefgarage. Diese Planung sollte mit Nachdruck betrieben werden.

Ovin Reichenmiller führt aus, es sei klar, dass die Erreichbarkeit des südlichen Stadtzentrums eingeschränkt werde, wenn eine von zwei Zufahrten entfalle. Deshalb sei es umso wichtiger, ausreichend Parkmöglichkeiten, die auch von Westen anfahrbar seien, vorzuhalten. Man müsse auch darauf achten, dass sich die Blaue Brücke nicht zum verkehrlichen Nadelöhr entwickle.

StR Hurlebaus beantragt zur Geschäftsordnung, die Sitzung kurz zu unterbrechen. Daraufhin wird die Sitzung für fünf Minuten unterbrochen.

Danach erklärt StR Hurlebaus, die CDU-Fraktion halte den Vertagungsantrag aus Vorlage 158c/2015 aufrecht.

OBM Palmer wendet sich gegen eine Vertagung.

Abstimmung:

Der Vertagungsantrag der CDU-Fraktion aus Vorlage 158c/2015 wird vom Gemeinderat bei 8 Ja-Stimmen (CDU, Linke, StR Vogt) ohne Stimmenthaltungen **abgelehnt**.

Der Antrag von StR Vogt aus Vorlage 158e/2015 wird bei 1 Ja-Stimme **abgelehnt**.

Nun soll über den Beschlussantrag der Verwaltung aus Vorlage 158a/2015 in Verbindung mit der Vorlage 158d/2015 abgestimmt werden.

StR Hurlebaus beantragt getrennte Abstimmung über die Ziffer 2 des Beschlussantrags.

StR Schöning beantragt zu Ziff. 2 des Beschlussantrags aus Vorlage 158a/2015, der Planung die Variante 1 zu Grunde zu legen.

StR Hurlebaus beantragt auch getrennte Abstimmung über die Ziff. 4.

Der Antrag von StR Schöning zu Ziff. 2 des Beschlussantrags aus Vorlage 158a/2015, der Planung die Variante 1 zu Grunde zu legen, wird bei 10 Ja-Stimmen (CDU, Linke, FDP) **abgelehnt**.

Die Ziff. 4 des Beschlussantrags aus Vorlage 158a/2015 wird vom Gemeinderat bei 9 Gegenstimmen (CDU, Linke, StR Vogt) **beschlossen**.

Die übrigen Teile des Beschlussantrags aus Vorlage 158a/2015 in Verbindung mit Vorlage 158d/2015 werden vom Gemeinderat bei 1 Gegenstimme (StR Vogt) und 1 Stimmenthaltung (Linke) **beschlossen**.

Auszug an:
Rechnungsprüfungsamt
Fachbereich Finanzen
Fachbereich Planen Entwickeln Liegenschaften

§ 138 abgeschlossen
z.B.

Niederschriftsführerin